

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.03.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden Antrag:

Resolution: Wahlfreiheit der Nachmittagsbetreuung an Pflichtschulen in Penzing

Die Bezirksvertretung Penzing spricht sich für die Wahlfreiheit der Eltern bei der Wahl der Nachmittagsbetreuung an Penzinger Pflichtschulen aus.

Begründung:

Derzeit kommt es zu einer erheblichen Ungleichbehandlung der Schülerinnen und Schüler an Penzinger Pflichtschulen bei der Nachmittagsbetreuung durch die Stadt Wien.

In der verschränkten Form der ganztägigen Betreuung (Ganztagsschule) wechseln einander Unterrichts-, Lern- und Freizeitphasen zwischen 08.00 und 16.00 Uhr mehrmals ab. An offenen Ganztages- und Halbtages- und Schulen hingegen erfolgt der Unterricht bis mittags und danach beginnt die Betreuungszeit, bei Halbtages- und Schulen außerhalb der Schule in einem Hort.

Die Betreuungszeiten im Rahmen der Ganztagsschulungen sind für Kinder kostenlos. Hingegen erfolgt für die Nachmittagsbetreuung im Rahmen der offenen Schulen sowie der Halbtages- und Schulen keine Kostenübernahme durch die Stadt Wien.

Aus Sicht der Wiener Volkspartei Penzing unterbindet diese Ungleichbehandlung die Wahlfreiheit der Mütter und Väter, sich für die Schulform zu entscheiden, welche bestmöglich dem Kind entspricht. Damit wird indirekt Druck auf die Erziehungsberechtigten ausgeübt, sich für Schulen mit verschränktem Ganztagsunterricht zu entscheiden. Das führt zur Missachtung der Bedürfnisse des Kindes und der individuellen Lebenssituation der Eltern.

So haben unter anderem die Halbtages- und Schulen in Penzing einen hervorragenden Ruf, Eltern sind überzeugt von der hohen Qualität der Schulen und der damit verbundenen Nachmittagsbetreuung. Im engen Austausch mit den Elternvertretern würde ein Aushöhlen dieser Schulform in Penzing einen massiven negativen Einschnitt für Schülerinnen und Schüler und deren Eltern bedeuten.

Die Wahlfreiheit der Eltern für die bestmögliche Schulform für ihr Kind muss jedenfalls bewahrt werden.

Mag. Simone Schalk-Jaschke
Bezirksrätin